

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004121/2025

an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Ana Miguel Pedro (PPE), Ondřej Krutílek (ECR), Elissavet Vozemberg-Vrionidi (PPE), Fredis Beleris (PPE), Dimitris Tsiodras (PPE), Tomáš Zdechovský (PPE), Assita Kanko (ECR), Nicolás Pascual de la Parte (PPE), Waldemar Tomaszewski (ECR), Tobiasz Bocheński (ECR), Kristoffer Storm (ECR), Jacek Ozdoba (ECR), António Tânger Corrêa (PPE), Antonio López-Istúriz White (PPE), François-Xavier Bellamy (PPE), Isabel Benjumea Benjumea (PPE), Massimiliano Salini (PPE), Karlo Ressler (PPE), Geadis Geadis (ECR), Christophe Gomart (PPE), Jadwiga Wiśniewska (ECR), Loránt Vincze (PPE), Matej Tonin (PPE), Lukas Mandl (PPE), Bert-Jan Ruissen (ECR), Eleonora Meleti (PPE), Charlie Weimers (ECR), Paulo Cunha (PPE), Miriam Lexmann (PPE), Sebastian Tynkkynen (ECR)

Betrifft: Systematische Gewalt gegen Christen in Nigeria

Zahlreiche Berichte deuten auf eine anhaltende und systematische Kampagne der massiven Gewalt gegen Christen in Nigeria seit 2009 hin. In diesem Jahr wurden laut der nichtstaatlichen Organisation „Intersociety“ bislang mehr als 7 000 Christen in Nigeria getötet, also im Durchschnitt 35 pro Tag

Zu diesen Gewalttaten, die hauptsächlich von Boko Haram, dem Islamischen Staat in der Provinz Westafrika und Extremisten aus den Reihen der ethnischen Volksgruppe der Fulani verübt werden, gehören Morde, Entführungen, das Niederbrennen von Dörfern und die Zerstörung von mehr als 19 000 Kirchen, was zu Massenvertreibungen geführt hat. Millionen Menschen sind dadurch gezwungen, in Flüchtlingslagern zu leben, in denen es an lebensnotwendigen Gütern und Diensten mangelt.

Trotz des in der Verfassung verankerten Schutzes unternimmt die nigerianische Regierung nichts gegen die eskalierende Gewalt, die sich gegen Christen richtet. Nigeria ist nach Angaben der christlichen Hilfsorganisation „Open Doors“ heute das Land auf der Welt, in dem das Leben von Christen am meisten bedroht ist, da dort terroristischen Gruppen weiterhin Gewalttaten verüben können, ohne fürchten zu müssen, dafür vor Gericht gestellt oder zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Da Nigeria einer der wichtigsten Handels- und Investitionspartner der EU ist, wird die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Welche Maßnahmen ergreift der Europäische Auswärtige Dienst, um gegen die systematische Tötung und Vertreibung von Christen in Nigeria vorzugehen?
2. Übt die EU Druck auf die nigerianische Regierung aus, um auf das anhaltende Versäumnis der nigerianischen Staatsorgane zu reagieren, diese ihnen bekannten Täter von an Christen begangenen Gewalttaten zur Rechenschaft zu ziehen?

Eingang: 20.10.2025